

Pressemitteilung 28.10.2014

Die Umweltverbände zur Entscheidung des Gemeinderats Sandhausen

Posse um L 600 muss jetzt beendet werden

Sandhausen. Die Umweltverbände NABU, LNV und BUND nehmen die Entscheidung der Gemeinde Sandhausen mit Kopfschütteln zur Kenntnis, die vom Petitionsausschuss des Landtags vorgeschlagenen Alternativen zum Rückbau von Teilen der L 600 bei Sandhausen abzulehnen. Die Gemeinde Sandhausen hatte sich über viele Jahre gegen einen Rückbau der L 600 bei Sandhausen gesperrt, obwohl dieser als Ausgleichsmaßnahme rechtsverbindlich planfestgestellt war. Mehrere alternative Ausgleichskonzepte wurden erarbeitet, um den naturschutzrechtlich notwendigen Ausgleich zu erbringen, sollte die L 600 erhalten werden.

„Man muss sich fragen, wie ernst es der Gemeinde jemals mit der Lösung des Konfliktes war. Die Ablehnung des eigenen Alternativkonzepts lässt das eigentliche Ziel vermuten: Zeit schinden und das Problem aussitzen. Damit muss nun endgültig Schluss sein“, so BUND-Landesgeschäftsführerin Sylvia Pilarsky-Grosch.

An den Naturschutzverbänden und dem Naturschutz hat es nicht gelegen, dass die Gemeinde Sandhausen nun den Kompromiss ablehnt, den sie selbst mit dem NABU entwickelt hat. Man ist der Gemeinde mehrere Male weit entgegengekommen und hat der Gemeinde viele Brücken gebaut. „Die Alternativen zum Rückbau der L 600 waren aus naturschutzfachlicher Sicht wirklich gut. Jetzt muss aber das Schauspiel beendet werden: Noch in diesem Jahr müssen die Bagger rollen und die alte L 600 endlich rausreißen“, sagt Andre Baumann, NABU-Landesvorsitzender.

Der LNV-Vorsitzende Reiner Ehret ergänzt: „Mit dem Rückbau der L 600 wird der durch den Neubau der B 535 zerschnittene Landschaftsraum endlich den Ausgleich erfahren, der seit dem 13.07.1989 rechtsverbindlich planfestgestellt ist.“